Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

211 (9.9.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 211 | **Freitag, den 9. September 1932** | **104. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Der Reichspräsident empfing nach seiner Rückkehr nach Berlin den Reichskanzler und den Reichsaußenminister, ferner den Reichstagspräsidenten Göring.

*

Zwischen dem Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold und Vertretern des Handels fand eine Besprechung über handelspolitische Fragen statt.

*

Reichsarbeitsminister Dr. Schäffer empfing heute die Vertreter der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften aller drei Richtungen.

*

Nach der amtlichen Schätzung ist auch weiterhin mit einem guten Gesamtertrag der diesjährigen deutschen Getreideernte zu rechnen.

*

Der geschäftsführende Vorsitzende der deutschen Zentrumspartei, Joos, sprach am Donnerstag vor Vertretern der Zentrumspresse zur politischen Lage. Er erklärte u. a., daß durch eine etwaige Reichstagsauflösung und Neuwahl und der damit verbundenen Beunruhigung der Wirtschaft das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung illusorisch gemacht werden würde. Das Ziel des Zentrums sei, eine Regierung zu bilden, die sich auf eine parlamentarische Mehrheit stützt, Vertrauen im Volke hat und die volle Innehaltung der Verfassung garantiert. Dieses Ziel sei heute durchaus zu erreichen.

*

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hielt am Donnerstag nachmittag unter dem Vorsitz von Dr. Oberfohren und im Beisein des Parteiführers Dr. Hugenberg eine Sitzung ab, die sich u. a. auch mit dem Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung befaßte.

*

Die kommunistische Tageszeitung „Die Rote Fahne" ist vom Berliner Polizeipräsidenten wegen schwerer Beschimpfung und böswilliger Verächtlichmachung der Reichsregierung auf vier Wochen verboten worden.

Der Reichspräsident in Berlin

Berlin, 8. Sept. Der Reichspräsident ist am Donnerstag früh 7 Uhr aus Neudeck wieder in Berlin eingetroffen.

Gegen Mittag empfing der Reichspräsident den **Reichskanzler** zum Vortrag. Bei dieser Gelegenheit wurde natürlich die gesamte innerpolitische Lage besprochen, ferner wurde im Anschluß an den Vortrag des Reichskanzlers der **Reichsaußenminister von Neurath** empfangen.

Reichskanzler von Papen empfing mittags den Reichstagspräsidenten Göring.

Die Gewerkschaften beim Reichsarbeitsminister

Berlin, 8. Sept. Reichsarbeitsminister Dr. Schäffer empfing am Donnerstag die Vertreter der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften aller drei Richtungen. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ. von gewerkschaftlicher Seite hört, ist es dem Reichsarbeitsminister nicht gelungen, die schweren Bedenken zu zerstreuen, die seitens der Gewerkschaften gegen den sozialpolitischen Teil der Notverordnung geäußert worden sind. Die Gewerkschaftsvertreter aller Richtungen legten gegen die Maßnahmen der Reichsregierung schärfste Verwahrung ein und erklärten, daß sie mit jedem nur zulässigen Mittel dagegen Widerstand leisten würden. Außerdem wurde von einzelnen Gewerkschaftsvertretern der Einbruch in das geltende Arbeits- und Tarifrecht durch Notverordnung als eine Verletzung der Reichsverfassung bezeichnet und in Aussicht gestellt daß man auf dem Rechtswege dagegen vorgehen würde. Der Minister versicherte, daß die Reichsregierung durchaus die Interessen der Arbeiter und Angestellten bei der Durchführung der Notverordnung im Rahmen des irgendwie Möglichen berücksichtigen werde, und daß schließlich alle diese Maßnahmen doch nur den Zweck verfolgten, die Arbeitslosigkeit zu mildern und die Institutionen der deutschen Sozialpolitik und Sozialversicherung über die Krise hinwegzubringen.

Arbeiter und Angestellte beim Reichsarbeitsminister

Berlin, 8. Sept. Am 8. September hatte der Reichsarbeitsminister mit den Spitzenverbänden der Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften eine Aussprache über die Richtlinien für die Anwendung der Beschäftigungsprämie und der Vollzugsverordnung über Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit. Vor dem Eintritt in die Aussprache erhoben die Verbände aus sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Erwägungen Widerspruch gegen die neuen Vorschriften im allgemeinen. Mit diesem Vorbehalt ersuchten sie dann um Auskunft über Sinn und Tragweite der einzelnen Vorschriften, über die Anwendbarkeit der Vorschriften auf bestimmte Fälle und über die Möglichkeiten, die tatsächlichen Schwierigkeiten zu überwinden und die ungerechtfertigten Auswertungsversuche auszuschließen. Die Auskünfte wurden erteilt. Die vorgetragenen Anregungen werden weiter verfolgt.

Die französische Antwort?

„Einheitsfront" gegen Deutschland?

Die französische Antwort auf die deutsche Wehrdenkschrift läßt lange auf sich warten. Die Erklärung dafür liegt nahe: Frankreich war bestrebt, eine Einheitsfront gegen Deutschland zusammenzuhämmern.

Daß Frankreich dieses Bestreben hatte, ist von seinem Standpunkte aus voll zu verstehen. Der deutsche Anspruch auf Rüstungsgleichheit ist rechtlich und moralisch so einwandfrei fundiert, daß Frankreich sich nach Verbündeten umsehen mußte, ehe es eine Abwehraktion unternahm. Formal stützte sich Frankreich dabei auf die These, daß eine deutsche Heeresreform die Sache aller Mitunterzeichner des Versailler Diktats wäre, und daß Frankreich von sich aus nicht in der Lage sei, die Entscheidung allein zu treffen. Diese These spielt in der französischen Antwortnote eine bedeutende Rolle. Die Tatsache an sich, daß Frankreich Zuflucht bei den anderen Mächten sucht, ist von großer prinzipieller Bedeutung. Darüber hinaus zeugt sie zweifelsohne für eine Schwäche der französischen Stellung.

Schon heute kann festgestellt werden, daß das französische Manöver mißlungen ist. Es braucht dabei gar nicht an Italien gedacht zu werden, das den deutschen Anspruch auf Rüstungsgleichheit zu Recht bestehen ließ. Auch die anderen Staaten, insoweit sie in keiner unmittelbaren Abhängigkeit von Frankreich sind, haben schon auf die ersten Nachrichten hin durchblicken lassen, daß sie prinzipiell keine ernstlichen Einwände erheben können. Die englische Oeffentlichkeit reagierte auf das deutsche Memorandum mit völliger Ruhe, ebenso die amerikanische. In Amerika wies man mit aller Deutlichkeit darauf hin, daß eine allgemeine Abrüstung mehr am Platze sei als eine deutsche Aufrüstung. Diese Einwände sind eigentlich mehr gegen Frankreich als gegen Deutschland gerichtet. Es wurde deutscherseits immer wieder bestritten, daß es die deutsche Absicht sei, eine Aufrüstung zu treiben. Nach wie vor sei Deutschland auf der Seite derer, die die allgemeine Abrüstung verlangen. Wenn aber gewisse Mächte sich weigern würden abzurüsten, dann allerdings müsse der Ausgleich auf einer anderen Basis geschaffen werden.

Diese deutsche These ist so klar und in logischer Hinsicht so unanfechtbar, daß Frankreich nicht allzu viel Bundesgenossen für ein hartes „Nein" finden konnte. Von einer Einheitsfront gegen Deutschland kann auf keinen Fall die Rede sein. Und wenn Frankreich mit seiner Note zum Ausdruck zu bringen sucht, daß die ganze Frage vor das Genfer Forum gehöre, und auf jeden Fall im internationalen Maßstab gestellt werden muß und gelöst werden kann, so ist schon jetzt zu sagen, daß diese Flucht in die internationale Oeffentlichkeit keineswegs die Ergebnisse zeitigen würde, die sich Frankreich vielleicht immer noch davon verspricht.

Die politischen Interessen in der Welt sind so verschieden, und die Gegensätze unter den Nationen so stark, daß eine vollkommene Isolierung eines Staates überhaupt nicht gelingen kann. Deshalb mußte auch der Plan, sämtliche Amerikaschuldner gegen den großen Gläubiger mobil zu machen — ein solcher Plan wurde in Paris geschmiedet — schließlich fallen gelassen werden. Aus demselben Grunde war es bisher unmöglich, Japan im Fernen Osten zur Mäßigung oder gar zum Rückzug zu bewegen. Und wenn die Russen noch vor kurzem von einer Einheitsfront der kapitalistischen Länder und von der Gefahr eines allgemeinen Ueberfalls auf die Sowjetunion sprechen zu können glaubten, so tun sie es heute auch nicht mehr. Denn auch gegen Sowjetrußland ist heute keine Einheitsfront möglich. Sie würde sich in absehbarer Zeit auch nicht ermöglichen lassen. Das System der Nichtangriffspakte, die Verständigung mit Italien, der Türkei und Polen, um nur einige besonders bezeichnende Fälle hervorzuheben, und schließlich die Fühlungnahme mit Amerika, das das Vorgehen der Japaner mit Mißtrauen verfolgt, das sind alles überzeugende Beweise dafür, daß selbst ein Staat wie Sowjetrußland keine Einheitsfront zu befürchten hat. Umso verständlicher ist es, daß es Frankreich zunächst nicht gelungen ist, Deutschland in der Wehrreform-Angelegenheit einzukreisen.

*

Paris, 8. Sept. Die französische Note wird noch einmal am Freitag in dem neuen Ministerrat einer endgültigen Bearbeitung unterworfen und dann abgesandt werden. Ihre Veröffentlichung ist bis Montag der kommenden Woche vorgesehen. Das hängt offenbar davon ab, ob bis dahin die **englische Regierung ihre Ansicht mitgeteilt hat.** Es hat den Anschein, als ob Verhandlungen im Gange seien, die einen vorhandenen englischen Widerstand gegen die französische Auffassung beseitigten sollen, denn „Petit Parisien" berichtet, daß nachträglich neue Einzelheiten zur Unterstützung des französischen Standpunktes nach London mitgeteilt werden sollen. Das sieht so aus, als ob England Einwände gemacht habe.

Die Hauptsorge der französischen Regierung ist anscheinend die **deutsche Forderung, daß bei einer Nichtverständigung über die Abrüstung der fünfte Teil des Versailler Vertrages durch ein neues Abkommen ersetzt werden soll.** Der „Petit Parisien" meint, die Lage wäre dann genau so wie in bezug auf die Kriegsentschädigung, wo der Versailler Vertrag durch das Lausanner Abkommen ersetzt worden sei. Deutschland komme es vor allen Dingen auf Beseitigung dieses fünften Teiles des Versailler Vertrags und weniger auf eine Abrüstung und Verständigung mit Frankreich an.

Zur Begründung der französischen Politik wird die deutsche Note den anderen Mächten sofort zugänglich gemacht, indem das neue Lausanner Vertrauens-Abkommen herangezogen wird, wonach die französische Regierung wie man behauptet, verpflichtet sei, die anderen Mächte sofort zu unterrichten. Dieses Abkommen bestimme ausdrücklich, daß jede Frage aus dem Versailler Vertrag, die die europäische Lage betreffe, unverzüglich zur Kenntnis aller Unterzeichner gebracht werden müsse. In der Sache selbst **ist klar, daß Frankreich unter keinen Umständen eine Wehrgleichheit zugeben und an den Vertragsbestimmungen festhalten will.**

Es wird auch darauf hingewiesen, daß Deutschlands Forderung auf Gleichberechtigung schon im Jahre 1926 bei seinem Eintritt in den Völkerbund zurückgewiesen worden sei. Im übrigen würde die Bewilligung des deutschen Verlangens sofort gleiche Forderungen Oesterreichs, Ungarns und Bulgariens entstehen lassen und zu unübersehbaren Folgen führen.

Die Schwäche des französischen Standpunktes enthüllt dabei „Echo de Paris". Das nationalistische Blatt, das an sich die Haltung Herriots billigt, verhehlt nicht, daß die Heranziehung des Versailler Vertrages keinen großen Eindruck machen werde, weil dieser Vertrag schon längst durch verschiedene andere Abkommen geändert worden sei, und damit sei seine Hinfälligkeit bewiesen worden. Es wäre besser, wenn Herriot vom Völkerbund eine Untersuchung über den wahren Stand der deutschen Rüstung verlangte. Auch die sozialradikale „Republique" meint, es müßten gemäß der von Herriot bereits verschiedentlich geäußerten Auffassung die militärischen Verbände, wie zum Beispiel der „Stahlhelm", bei einem Vergleich des französisch-deutschen Rüstungsstandes berücksichtigt werden.

Ueber die amerikanische Auffassung berichtet „Neuyork Herald", daß man in **Washington** zwar die grundsätzliche **Berechtigung der deutschen Forderungen anerkenne,** aber den Zeitpunkt ihrer Geltendmachung für wenig glücklich halte, weil Frankreich und Polen dadurch zum größten Widerstand veranlaßt und die amerikanischen Bestrebungen zur Besserung der Weltwirtschaftslage gestört würden.

*

Henderson zu den deutschen Wehrforderungen

London, 8. Sept. Bei einer Versammlung der Trade Union in Newcastle erklärte Henderson der Präsident der Abrüstungskommission, er müsse frank und frei bekennen, daß die Ergebnisse der Abrüstungskonferenz nach sechsmonatigen Bemühungen noch weit von dem Ziel entfernt seien, das er erhofft habe. Henderson ging dann auf die deutschen Wehrforderungen ein und äußerte, man solle die Augen nicht vor der Gefahr verschließen, die sich aus den deutschen Forderungen ergäbe. Er vermöge nicht zu erkennen, was Deutschland gewinnen könne, wenn es sich von der Abrüstungskonferenz zurückziehe. Ueber die Forderungen sollten in erster Linie die ehemaligen Alliierten und Associierten verhandeln. Diese sollten ihre Verpflichtungen gegenüber den besiegten Ländern erfüllen und der Konferenz ein Abrüstungsprogramm unterbreiten, nach dem offenbare Angriffswaffen allgemein verboten würden, wie sie Deutschland durch den Versailler Vertrag untersagt wären.

*

Amerikanische Verhandlungen über die deutsche Gleichberechtigungsfrage in Paris. — Frankreich soll abrüsten.

T.U. **Paris,** 8. Sept. In Paris verlautet im Zusammenhang mit der vielbeachteten Anwesenheit des Senators Reed und den zwischen dem Quai d'Orsay und der amerikanischen Botschaft geführten Verhandlungen über die deutsche Gleichberechtigungsforderung, daß die Vereinigten Staaten einen dem englischen sehr stark angenäherten Standpunkt vertreten. Amerika stelle sich nicht hinter die deutsche oder französische These, sondern wolle die Gelegenheit benutzen, um Frankreich zu einer Herabsetzung seiner Rüstungen auf einen möglichst niedrigsten Stand zu bewegen. Dabei werde das Beweismittel benutzt, daß Deutschland ja nicht die Wiederaufrüstung, sondern die Angleichung der Rüstungen auf der Grundlage gleicher Rechte fordere. Man nimmt an, daß Senator Reed an der Vertretung des amerikanischen Standpunktes trotz äußerer Zurückhaltung nicht unbeteiligt ist.

Vom Arbeitsmarkt im Reich

Berlin, 8. Sept. Am 31. August entfielen auf die Arbeitslosenversicherung 698 000, auf die Krisenfürsorge 1 298 000 Unterstützungsempfänger. Mit Arbeiten der **wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge** waren schätzungsweise 65 000 Personen beschäftigt. Im **freiwilligen Arbeitsdienst** wurden Ende August rund 130 000 tatsächlich beschäftigte Arbeitsdienstfreiwillige gezählt. Die Zahl der von den Gemeinden betreuten Wohlfahrtsunterstützten, die nach den neuen Grundsätzen der Notverordnung bei den Arbeitsämtern registriert wurden, belief sich auf rund 2 016 000.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Das Ergebnis der Besprechung zwischen Reichskanzler und Reichstagspräsidenten

T.U. **Berlin,** 8. Sept. Bei der heutigen Besprechung des Reichstagspräsidenten Göring mit dem Reichskanzler v. Papen wurden die innerpolitische Lage und die Frage einer Regierungsumbildung nicht erörtert. Die Besprechung galt nur der Festlegung der Formalitäten für die Abgabe der Regierungserklärung bei der am Montag beginnenden Reichstagssitzung. Man einigte sich dahin, daß am Montag Reichskanzler von Papen seine Regierungserklärung abgibt und daß am Dienstag und Mittwoch die große politische Aussprache über diese Regierungserklärung stattfindet.

In politischen Kreisen verstärkt sich immer mehr der Eindruck, daß eine Reichstagsauflösung nach Abschluß der politischen Aussprache im Reichstag und vor Beginn der Abstimmungen kaum noch zu vermeiden sein wird.

Nationalsozialistische Protesttelegramme gegen das Wirtschaftsprogramm

T.U. **München,** 8. Sept. Der Leiter der Hauptabteilung V (Landwirtschaft) der Reichsorganisationsleitung der N.S.D.A.P., Walter Darre, hat — wie die Reichspressestelle der N.S.D.A.P. mitteilt — an den Reichskanzler und an den Reichsernährungsminister Protesttelegramme gegen die neuen Wirtschaftsmaßnahmen gerichtet. In dem Telegramm an den Kanzler wird erklärt, daß der deutsche Landstand aus vaterländischem Pflichtgefühl und der Aufforderung seines freiwillig erkorenen Führers Adolf Hitler folgend, die Ernährung der deutschen Bevölkerung in diesem Winter sicher gestellt habe. Die neuen Wirtschaftsmaßnahmen brächten nunmehr die sich in höchster Not befindende deutsche Landwirtschaft endgültig aufs Schafott und gefährdeten so in Zukunft die Ernährung des deutschen Volkes. In dem Telegramm wird dem Kanzler schließlich unverantwortliche Handlungsweise vorgeworfen.

Das Telegramm an den Reichsernährungsminister enthält die Bitte, durch Zurücktreten von seinem Amt eine andere Lage zu schaffen. Das Wirtschaftsprogramm komme nur der Börse und der internationalen Hochfinanz zugute. Das schaffende deutsche Volk und insbesondere das deutsche Bauerntum müsse an diesem Wirtschaftsprogramm sterben. Das deutsche Bauerntum sei sich zu gut, um in der Fron des internationalen Leihkapitals zu sterben. Es wolle jetzt eine grundsätzliche Lösung seiner Not durch einen völkischen Staat.

N. S. D. A. P. und Zentrum gegen die Wirtschaftsverordnung

T.U. **Berlin,** 8. Sept. Wirtschaftsführer der N.S.D.A.P. und des Zentrums hatten am Donnerstag nachmittag beim Reichstagspräsidenten Göring eine mehrstündige Aussprache. Ueber ihren Verlauf wurde folgender gemeinsamer Bericht ausgegeben:

„In einer gemeinschaftlichen Besprechung, die zwischen Abgeordneten der N.S.D.A.P. und der Zentrumspartei am Donnerstag nachmittag stattfand, beschäftigte man sich mit wirtschaftlichen Fragen. Im Vordergrund stand das drängende Problem der Arbeitslosigkeit, ferner die Konjunkturlage, das Wirtschaftsprogramm der Regierung Papen und die Sorge für den Winter. Die Sachverständigen beider Parteien äußerten ihre ernsten Bedenken, daß die Subventionierung der gesamten Betriebe durch Steuernachlaßscheine das gesteckte Ziel, Arbeiter an ihre Stätten zurückzubringen, nicht erreichen, vielleicht in eine schwere Enttäuschung münden werde. Der sozialpolitische Teil der Notverordnung der den ganzen Bestand sozialer Rechte und Einrichtungen in das Ermessen einer Regierung stellt, die nur eine kleine Minderheit in der Volksvertretung und sicher keinen Rückhalt in Arbeitnehmerkreisen besitzt, fand übereinstimmend Ablehnung.

Darüber hinaus klärten die Besprechungen hinsichtlich wirklicher Arbeitsbeschaffung und des Konjunkturanschlusses Möglichkeiten, für deren Durchführung auch eine arbeitsfähige, vom Vertrauen des Volkes getragene Mehrheit vorhanden ist.

Tages-Anzeiger

Freitag, den 9. September.

Städt. Konzerthaus: „Die Dubarry". 20—23 Uhr.
Skala-Tonfilm-Theater: „Fräulein, falsch verbunden", 7 und 9 Uhr.

Eine Rede Hitlers

München, 8. Sept. Im überfüllten Zirkusgebäude sprach in einer Versammlung der Nationalsozialistischen Partei Adolf Hitler über die politische Lage. Er behandelte die Arbeit der NSDAP in den 13 Jahren ihres Bestehens und betonte dabei die Legalität, deren sie sich bei ihrer Tätigkeit stets befleißigt habe. Die alten Exzellenzen würden die nationalsozialistische Bewegung nicht unterkriegen, die sich streng an die Verfassung halten und die Verfassung verfassungsmäßig ändern werde. Herr von Papen irre, wenn er meine, die NSDAP. könne heute ohne weiteres zu ihm überschwenken. Selbst wenn er, Hitler, wollte, könnte er die Bewegung nicht Herrn von Papen ausliefern, denn sie habe als Bewegung ihren eigenen Willen.

Im Hinblick auf die Beuthener Vorgänge hob der Redner hervor, daß er sich nicht mit der Tat und den Tätern, wohl aber mit seinen Kameraden identifiziere. Im nationalsozialistischen Reiche würden niemals fünf deutsche Männer wegen eines Polen verurteilt werden. Oder glaubten die Herren wirklich, daß der „Begnadigungsspruch" genügen würde? Die Nationalsozialisten würden zur Einigung mit einer anderen Partei kommen, wenn es zunächst nicht anders möglich sei, zu regieren. Er, Hitler, verkaufe die Partei nicht für einen Ministerstuhl und nicht für Titel. **Was die Regierung jetzt beabsichtige, sei völlig gleichgültig. Sie möge den Reichstag auflösen, die Nationalsozialisten würden diese Regierung niemals anerkennen.**

DNVP. für Schutz der Veredelungswirtschaft

Berlin, 8 Sept Der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion hat an den Reichsernährungsminister ein Schreiben gerichtet, das zunächst an das Versprechen Papens erinnert, den deutschen Agrarmarkt durch ein Kontingentsystem zu schützen. Dr. Oberfohren führt aus, wenn durch Kontingentverhandlungen noch eine Hilfe für die Weidewirtschaft in Nordwestdeutschland erreicht werden solle, Sofortmaßnahmen getroffen werden müßten. Die schleswig-holsteinische, nordhannoversche und oldenburgische Viehwirtschaft könne nur dann durch das Kontingentierungssystem eine Stütze bei der Preisgestaltung erhoffen, wenn noch ein wesentlicher Teil der diesjährigen Hauptweideperiode erfaßt würde.

Der **Reichsernährungsminister** hat geantwortet, daß die Kontingentverhandlungen mit den beteiligten auswärtigen Staaten selbstverständlich unverzüglich aufgenommen würden, und daß er großen Wert auf die Beschleunigung der Inkraftsetzung lege.

Die neue Roggenstützungsaktion

Berlin, 8. Sept. Die Vorarbeiten für die bereits angekündigte Aktion zur **Entlastung des Roggenmarktes** sind beendet. Die Deutsche Getreidehandelsgesellschaft wird künftig in allen Roggenüberschußgebieten, in denen es die Marktlage erfordert, Roggen zu marktmäßigen Preisen kaufen. Die aufgekauften Roggenmengen sollen sofort der Verfütterung zugeführt werden. Der Roggen wird eosiniert, frachtfrei der im nordwestdeutschen Schweinemastgebiet gelegenen Empfangs-Reichszollbahnstationen zum Preise von 140 RM. je Tonne, abgegeben. Dieser Preis wird für den Roggen umfangreiche Absatzmöglichkeiten erschließen. Zum Ausgleich der für die D.H.G. entstehenden Preisspanne zwischen dem höheren Einstands- und den niedrigeren Abgabepreis des Roggens werden der D.H.G., wie durch eine im Reichsanzeiger erscheinende Verordnung geregelt wird, **Gerstenscheine zur Verfügung gestellt,** die zur zollverbilligten Einfuhr von Futtergerste berechtigen. Handel und Genossenschaften werden in die Aktion sowohl beim Aufkauf als auch bei der Abgabe des Roggens in der bisherigen Weise eingeschaltet. Es wird dafür Sorge getragen, daß die Brotversorgung immer ausreichend gesichert bleibt und keine über das Vorjahr hinausgehende **Brotpreiserhöhungen eintreten.**

Schätzung der deutschen Getreideernte

Berlin, 8. Sept. Nach der amtlichen Schätzung ist auch weiterhin — rein mengenmäßig — mit einem guten Gesamtertrag der diesjährigen deutschen Getreideernte zu rechnen. Bei Roggen wird durchwegs der Ertrag sogar noch etwas höher als bei den ersten Vorschätzungen beziffert. Bei Weizen wird die Gesamternte um ein geringes niedriger eingeschätzt als bisher, was im wesentlichen auf die Rost- und Witterungsschäden zurückzuführen ist. Unter Zugrundelegung der Anbauflächen wäre nach den amtlicherseits ermittelten Durchschnittserträgen zu Anfang September mit folgenden Gesamterntemengen zu rechnen: **Winterroggen** 8,3 Millionen Tonnen (endgültige Ernteermittlung 1931: 6,6 Millionen Tonnen), **Sommerroggen** 95 000 Tonnen (88 000 Tonnen); **Winterweizen** 4,4 Millionen Tonnen (3,7 Millionen Tonnen); **Sommerweizen** 656 000 Tonnen (564 000 Tonnen); **Spelz** 167 000 Tonnen (133 000 Tonnen); **Wintergerste** 621 000 Tonnen (507 000 Tonnen); **Sommergerste** 2,6 Millionen Tonnen (2,5 Millionen Tonnen); **Hafer** 6,7 Millionen Tonnen (6,2 Millionen Tonnen).

Die Weizenernte (einschließlich Spelz) würde somit in diesem Jahre voraussichtlich um 870 000 Tonnen, die Roggenernte um etwa 1,7 Millionen Tonnen, die gesamte Brotgetreideernte um 2,6 Millionen Tonnen größer sein als im Vorjahre. Bei den übrigen Getreidearten belaufen sich die Mehrerträge bei Hafer auf rund 500 000 Tonnen, bei Wintergerste auf rund 115 000 Tonnen und bei Sommergerste auf rund 90 000 Tonnen.

Sensationelle Verhaftung in Ostpreußen

Königsberg, 8. Sept. Im Zusammenhang mit den Vorgängen am 1. August, an dem bekanntlich durch mehrere politische Anschläge der kommunistische Stadtverordnete Sauff ermordet, ein sozialdemokratischer Chefredakteur und mehrere linksgerichtete Personen sowie der in Ruhestand versetzte Regierungspräsident Dr. von Bahrfeldt zum Teil schwer, zum Teil leichter verwundet und Bombenanschläge in verschiedenen Stadtteilen begangen wurden, ist der Rittergutsbesitzer Perbandt auf Schloß Langendorf bei Tapiau aufgrund eines Haftbefehles des Oberstaatsanwaltes in Untersuchungshaft genommen und sein Privatauto sichergestellt worden. Die Justizpressestelle bestätigt die Verhaftung des Rittergutsbesitzers von Perbandt und teilt mit, v. Perbandt sei unter dem dringenden Verdacht der Begünstigung, die er zwei an den Anschlägen vom 1. August Beteiligten geleistet habe, in Untersuchungshaft genommen worden. Ferner seien zwei weitere Verhaftungen erfolgt, doch könnten Mitteilungen hierüber nicht gemacht werden, um das Ergebnis der Ermittlungen nicht zu gefährden.

Kündigung des Handelsvertrages mit Südslawien

T.U. **Berlin,** 8. Sept. Wie die Landwirtschaftliche Wochenschau erfährt, ist am 6. September von Deutschland der Handelsvertrag mit Südslawien fristgemäß zum 7. März nächsten Jahres gekündigt worden. Der „Lowiwo" zufolge, liegen der Kündigung drei Gründe zugrunde: Einmal hat sich der Handelsverkehr zwischen Südslawien und Deutschland in der letzten Zeit für uns sehr ungünstig gestaltet, vor allem infolge der Rücksichtnahme Südslawiens auf Frankreich. Dann haben sich Schwierigkeiten in der Ueberweisung der Devisen ergeben. Zur Regelung dieser Fragen verhandelt gegenwärtig der südslawische Staatsbankpräsident mit der Reichsbank in Berlin. Schließlich liegt es der deutschen Regierung daran, den Eierzoll, der nach den einige Monate zurückliegenden Verhandlungen mit Italien nur noch in Südslawien gebunden ist, zur Ermöglichung eines ausreichenden Schutzes der deutschen Geflügelwirtschaft freizubekommen. Zur Vermeidung eines vertraglosen Zustandes sollen alsbald Verhandlungen über einen neuen Vertrag eingeleitet werden.

Der neue Leiter der preußischen Pressestelle.
Hauptmann a. D. Dr. von Carlowitz, bisher in der Pressestelle des Reichswehrministeriums, wurde zum Leiter der Pressestelle des preußischen Staatsministeriums ernannt.

Alpensymphonie

Roman von Friedrich Lange.

Urheberschutz: Verlag F. Lange, Hohenstein-Ernstthal. (Sa.).

12)

Himmisakra — das hatte im Sturm auf dem Königsee einen anderen Wellengang gegeben!

Kerkhoffs Kopf sank müde und entmutigt auf die Brust herab. Hatte sich der Einsatz gestern gelohnt?

Gleich darauf griff der Einsame wieder zu den Rudern. Unsinniges Gesimpel! Es kam nichts Gescheites heraus. Und was sollte diese törichte Frage? Man rettet einen Menschen nicht aus Berechnung!

Kerkhoff kam nur langsam voran, weil er sich im Geiste zu intensiv mit Ursula Josephy beschäftigte. Dieser Gedanke war nun schon zu mächtig in ihm. Einmal ertappte er sich bei den geflüsterten Worten: „Sie ist ein kluges, liebes Mädel und bei aller Gescheitheit doch noch so naiv wie ein Kind . . ."

Im Grunde genommen war es ihm ein Rätsel, wie ein geistig derart hochstehendes Geschöpf einen Menschen vom Schlage dieses Vidor lieben konnte.

Seine Ruderschläge wurden härter. Er kämpfte sich mit verbissenem Trotz vorwärts.

Glück im Spiel, Unglück in der Liebe . . . Ach was, man mußte solche Episoden aus seiner Erinnerung streichen, wenn man fröhlich weiter die Straße seines Lebens ziehen wollte! Man mußte sich die heiße Zärtlichkeit zu einer schönen Frau aus dem Herzen reißen, wenn man nicht als Kopfhänger untauglich für die Forderungen des Berufs und Alltags werden wollte!

Aber erst unter den Spitzbogen der Klosterklause verschluckte Kerkhoff seinen Aerger mit einigen Gläschen würzigen Benediktinerlikörs.

*

Als Toni Geislinger gegen Abend wieder in Feldwies ankam, erfuhr sie im Gasthof, daß Kerkhoff im Boot zur Frauen-Insel gefahren sei. Und da das junge Faktotum des Ingenieurs keine Korrespondenz vorfand, lachte es: „Macht nix, ich leg mich draußen am Strand ins flache Wasser und stehl dem lieben Herrgott den Abend!"

Aber dann lag sie noch gar nicht lange, nach neu angekommenen Fremden ausschauend, mit denen sich ein Flirt lohnte, als sie gar nicht weit draußen auf dem See Kerkhoff im Boot erspähte.

„Hallo!" Wie ein Peitschenknall zerschnitt der Ruf die abendliche Stille. Und schon crawlte Toni in ihrer raschen Art hinaus, dem Ruderer den Weg zu verlegen. Es gelang ihr innerhalb kürzester Zeit.

„Ah, grüß Gott, Toni!"

Die Schwimmerin sah es ihm sogleich an, daß er mit seinen Gedanken ziemlich weit ab gewesen war. Widerspruchslos ließ sie sich von ihm ins Boot ziehen.

„Bitte rudern Sie mich hinüber. Wenn Sie wollen, können Sie ja mit baden. Das Wasser ist so lau . . ."

„Wie die Menschen . . ." nickte Kerkhoff resigniert, auf den Vorschlag eingehend.

Und dann, als sie drüben am Strande lagen, fanden sie sich unausstehlich.

„Ist während meiner Abwesenheit Nachricht aus Berlin eingegangen?" wollte Kerkhoff wissen.

„Von der Reichsbahn-Hauptverwaltung wegen der Erfindung? Nein."

Pause. Kerkhoff brummte mißmutig etwas vor sich hin.

„Ihnen haben wohl die frommen Schwestern von Frauwörth Wermuth ins Glaserl gegeben?" bohrte Toni gereizt, ohne den Blick von der weiten, spiegelglatten Fläche des Sees zu wenden.

Kerkhoff sah gelangweilt über die sportlich gut durchgebildeten Formen des jungen Weibes hinweg, das er zur Mitwisserin seiner großen und kleinen beruflichen Sorgen und Geheimnisse gemacht hatte. Einmal hatte er sogar mit dem Gedanken gespielt, Toni Geislinger zu seiner Frau zu machen. Doch das war schon lange her. Diese Erinnerung kam ihm jetzt nicht ohne Schrecken. War er denn mit Blindheit geschlagen? Paßte dieses temperamentvolle Mädel auch nur im entferntesten zu ihm? Wie kam er überhaupt dazu, diese geschmeidige Katze um sich zu dulden? Diese Zigeunerin mit den gefährlich glutvollen Augen . . .? Hatten sie sich nur gefunden, weil sich Gegensätze anziehen? Dann war es an der Zeit, wieder auseinanderzugehen . . .

„Und Sie? Haben Sie schlechte Laune aus München mitgebracht?" erwiderte er mit einer Gegenfrage.

Mit einem Ruck setzte sich Toni auf. Die untergehende Sonne schien flach auf die glitzernde Wasserfläche des Sees, tauchte den blauen Badetrikot des Mädchens in rotes Licht, daß er violfarbig erschien. Im Haare Tonis glühten Reflexe wie von feuerflüssigem Kupfer.

„Ich?" staunte die Münchnerin. Und lebhafter, fast geheimnisvoll: „O, im Gegenteil, ich habe sehr viel Freude gehabt . . ." Dann schwieg sie sich aus.

Zur Mückenabwehr entzündete sich Kerkhoff eine Zigarre. Nach einigen tiefen Zügen fragte er: „Sie haben die Bahn laufen lassen?"

Toni mußte sich erst besinnen. Ach so, er meinte die kleine Spielerei . . . Das hatte er schon gesehen?

„Ja."

„Warum?"

„Weil es mir Spaß machte . . ."trumpfte die Nixe auf, ohne ein Wort von dem späten Besucher zu verraten. Ah, das wäre ja noch schöner, daß sie diesem Grimmbart alles auf die Zähne band! Als ob man ihr befehlen könnte: Da stehst — da bleibst! Chefs legten es manchmal direkt darauf an, von ihrem weiblichen Personal betrogen zu werden!

Kerkhoff blinzelte mißmutig in die flammende Abendröte, die den Rückzug der sinkenden Sonne deckte. Er mußte daran denken, daß er Toni gebeten hatte, sich nicht an der elektrischen Installation seines Seehauses zu vergreifen.

Es war still geworden. Die meisten Sommergäste hatten sich auf den Heimweg gemacht. Ueber dem Chiemsee lag der betörende Zauber eines Sommerabends, der nicht geschildert werden kann, den man erlebt haben muß. Die weite Wasserfläche zeigte rosa, violette und schiefergraue Tinten. Der Himmel war im Vordergrund mit geballten Wolken dunkel verhangen, am Horizont aber hatte er sich blaßgrün wie mit durchsichtiger Seide drapiert, daran schloß sich nach dem Wasser zu ein schmaler Streifen in wunderbar rein getöntem Orange. Ganz tief aber, am blassen Saum des fernsten See-Ufers, zeichnete sich violfarbig die Silhouette des jenseitigen Gestades ab.

Unter dem Antrieb eines sanften Abendwindes plätscherten die Wellen im Rhythmus ans seichte Ufer. Weiter draußen auf dem See trommelte ein verspäteter Außenbordmotor. Man hörte die Stimmen der Bootsinsassen in der feierlichen Abendstille bis an den Strand herüber.

Toni war aufgestanden, hatte sich auf den Wurzelstock einer längst gefällten, unterspülten Kiefer zurückgezogen, die dem See ihr Leben opferte.

Das Kinn auf die hochgezogenen Knie geschmiegt, sagte die Nixe versonnen: „Heut abend geh ich tanzen zum Hinterwirt."

Kerkhoff klopfte die Asche von seiner Zigarre.

„Almtanz?" fragte er scheinbar interesselos.

„Natürlich!" Und nach kurzem Schweigen: „Vorausgesetzt, daß wir nichts zu tun haben, werde ich mich morgen von den Strapazen ausruhen und am See faulenzen, um mich für übermorgen zu stärken. Da will ich auf den Hochgern."

Kerkhoff blinzelte zu ihr hinüber lächelte spöttisch: „Man soll sich nicht überschätzen . . ."

Aber da kam er schön an! Toni rümpfte das Näschen, blies den Rauch ihrer soeben entzündeten Zigarette kerzengerade in die Luft und zischelte hoheitsvoll: „Ph . . . Ich leide nicht an Minderwertigkeitskomplexen . . ."

Kerkhoff sah ein, daß es für beide das beste war, für heute Schluß zu machen.

„Fahren Sie mit mir bis zur Lände?" fragte er, aufspringend.

„Danke. Ich geh die paar Schritt zu Fuß." Damit verschwand sie im Gebüsch, um sich anzukleiden. In ihrem grünen Versteck hörte sie noch eine Weile das Knarren der Ruder.

(Fortsetzung folgt.)